

...es reicht jetzt!

Unten nehmen - Diäten erhöhen

Nicht mit uns, Herr Bundeskanzler!

[Startseite](#) [Vorschläge](#) [Theorien](#) [Abzocke](#)

[Spenden](#)

[Schreiben Sie uns Ihre Meinung](#)

- Arbeitsämter verpulvern Milliarden für sinnlose Umschulungen und verhindern dadurch die Schaffung neuer Arbeitsplätze!

- - -

- Weg mit den hohen Diäten, Abfindungen und Privilegien der Politiker! Die neue Gesundheitsreform ist skandalös!

- - -

- Warum bekommen Konzernleitungen z.B. Telekom, Post, Lufthansa, Krankenkassen usw. Gehälter und Abfindungen in Millionenhöhe?

- - -

- Steuerverschwendung muss unter Strafe (mit persönlicher Haftung) gestellt werden.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung oder Ideen an:
info@bashop.de

- - -

Weitere Infos Anmeldung (leere E-Mail) an:
news@bashop.de

- Kein Politiker geht für 4,09 Euro in der Stunde arbeiten. Im Osten zwingt man Arbeitslose dazu!

- - -

- Wozu brauchen wir jetzt 60 neue Transportflugzeuge für über 15 Milliarden Euro? Oder Eurofighter für 19,5 Mrd. €?

- - -

- Krankenkassen geben nicht mal 50 % für die medizinische Versorgung ihrer Mitglieder aus. Wo bleiben die restlichen Milliarden?

- - -

- Die EU-Osterweiterung kommt zu früh! Dadurch verzeichnen wir schon jetzt, Verluste von tausenden Arbeitsplätzen in Deutschland!

+ Gibt es Sklavenarbeit in Deutschland (für 4,09 Euro die Stunde)? Ja, vermittelt das Arbeitsamt! +

- Austritt aus der EU? Wir bezahlen Milliarden an die EU und bekommen nur einen kleinen Bruchteil zurück!

- Kostensenkung in der Politik und Verwaltung!

- Abschaffung von unnötiger Bürokratie in Deutschland.

- Wozu brauchen die Krankenkassen in jedem Ort große Paläste? Wir bezahlen nicht mehr für die aufgeblähten Verwaltungsapparate, Nobelkarossen und Traumgehälter der Kassen und Staatsunternehmen.

Aktuelle News

+++ SPD kämpft schon wieder mit Abweichlern

Müntefering und Co üben wieder Druck auf Bundestagsabgeordnete aus. Was ist das nur für eine Demokratie im Bundestag, wo die Abgeordneten für die Meinung einiger Diktatoren stimmen müssen? Warum ändert Schröder und Müntefering nicht gleich die Verfassung und schreibt die Diktatur fest. Dann könnten wir wenigstens Milliarden Euro durch die Auflösung des Bundestages einsparen. Wie kann es sein, dass ein Land wie Deutschland von einer handvoll unfähiger Politiker regiert wird? Was dabei raus kommt sehen wir ja - Wirtschaft am Boden - Sozialstaat wird gerade abgeschafft, in vielen Schulen unserer Kinder fallen die Scheiben aus den Fensterrahmen, oder Kindereinrichtungen werden ganz geschlossen, aber zum Mienen räumen in der unbewohnten Wüste von Afghanistan ist genug Geld da! Wie lange wollen wir uns das eigentlich noch gefallen lassen?

+++ Bundestag billigt Bundeswehr-Einsatz im afghanischen Kundus

531 Abgeordnete für den Antrag der Bundesregierung - da ist man sich einig! Was soll der sinnlose Einsatz? Warum setzt man unsere Bundeswehrsoldaten solcher Gefahr aus? Soll deswegen den Rentnern die Rente gekürzt werden, um die sinnlosen Militäreinsätze finanzieren zu können? Sollen doch die Kriegstreiber die Mienen wegräumen! Das Geld hätte lieber für Humanitäre Hilfe der armen Menschen in Afghanistan eingesetzt werden sollen, statt Mienen in der unbewohnten Wüste zu beräumen.

+++ Deutsche Lebensversicherer in der Krise!

Werden die Lebensversicherungen bald Insolvenz anmelden? Verlieren Millionen Bürger Ihre Einlagen bei den Versicherungsgesellschaften? Hat das jetzt schon Auswirkungen für die Verbraucher? Ja, die versprochenen Renditen der Lebensversicherungen werden ins bodenlose sinken. Eine drohende Insolvenz wird die Folge sein.

Grund dafür sind nicht nur die Kurs-Einbrüche an der Börse, sondern auch die neuen Hartz-Gesetze. Millionen Arbeitslose müssen nunmehr ihre zur Altersvorsorge abgeschlossenen Kapital-Versicherungen kündigen, da sie sonst keine Arbeitslosenhilfe mehr bekommen. Wenn Millionen Bürger ihre Policen kündigen müssen, wird kaum eine Versicherungsgesellschaft an einer drohenden Insolvenz vorbei kommen.

Was sich unsere Parlamentarier dabei dachten, entzieht sich jeder sachlichen Substanz. Zuerst sorgen sie nun dafür, dass Arbeitslose im Alter nicht zusätzlich abgesichert sind, das bedeutet: Millionen Arbeitslose werden bei Eintritt in die Rente zu Sozialhilfeempfängern. Die Politiker schwächen damit auch die Versicherungsbranche, das hat zur Folge, dass Versicherungen in Insolvenz gehen müssen. **Damit sind die gesamten Spareinlagen aller versicherten Bürger hochgradig gefährdet.**

Wer kommt für die Schäden der Bürger auf? Sie Herr Bundeskanzler?

Unsere Politiker geben dazu leider keinerlei Stellungnahme ab. Die Medien berichten auch nur sehr verhalten.

Wann werden unsere Politiker endlich wach? Sinnlose Reformen um jeden Preis - sind nicht die richtige Wege in die Zukunft aber ein Weg Deutschland schnell in den Ruin zutreiben.

+++ Steuerzahlerbund kritisiert Überversorgung von Politikern

„Wer den Rentnern Opfer abverlangt, muss zuerst seine eigenen Versorgungspfände beschneiden“, sagte Verbandspräsident Karl Heinz Däke der Hannoverschen „Neuen Presse“. Die Höchstrente der gesetzlichen Rentenversicherung nach 45 Versicherungsjahren liege in diesem Jahr bei 1.950 Euro.

Und so viel kriegen z.B. unsere Politiker im Alter (im Monat - **nur Altersruhegeld**):

Gerhard Schröder (59, SPD): 8.303,00 Euro

Hans Eichel (61, SPD): 11.635,00 Euro

Angela Merkel (49, CDU): 7.332,00 Euro

Joschka Fischer (55, Grüne): 8.301,00 Euro

Unberücksichtigt blieben natürlich alle weiteren Einnahmen! Nicht schlecht, was?

Wenn man bedenkt, dass Rentner die 45 Jahre wirklich gearbeitet haben nur ca. 431 Euro im Monat bekommen ist das doch wohl alles andere als nur Unverschämte!

+++ Hartz-Gesetze treiben Millionen Bürger unseres Landes in den Ruin!

Woher will denn diese Regierung 5 Millionen neue Arbeitsplätze hernehmen? Die Hartz-Konzepte werden nur die Bürger unseres Landes in den Ruin treiben. Das Wirtschaftswachstum wird noch weiter sinken. Was soll das alles?

Die z. T. schwachsinnigen Hartz-Gesetze werden genau das Gegenteil erreichen - es wird einen drastischen Anstieg der Armut geben, die Beschäftigungskriminalität wird sich auf Waren des täglichen Bedarfs drastisch erweitern. Überfälle nicht nur auf Banken und Sparkassen werden auf die Tagesordnung kommen.

Wovon sollen 5 Millionen Arbeitslose denn ihre Miete und Nebenkosten bezahlen? Durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfe wird die Belastung der öffentlichen Kassen noch weit aus höher sein, denn die Bezieher der jetzigen Arbeitslosenhilfe haben dann auch Anspruch auf Zahlung der Miete durch das Sozialamt.

Besonders hart wird es die Bürger in den neuen Bundesländern treffen. Erst wird die gesamte Industrie im Osten schlichtweg aufgelöst, dann bezeichnet man die Ossi's als Faul! Wohin sollen denn die 5 Millionen Arbeitslose Herr Bundeskanzler? (Dunkelziffer liegt aber über 7 Millionen Arbeitslose). Glaubt die Regierung wirklich, dass wir uns das bieten lassen?

+++ Prinzipien der Demokratie beschädigt

Bundestag ein Kasperletheater?

Abgeordnete, die sich bei der Abstimmung im Bundestag nicht an die Meinung der Parteispitze halten und nicht entsprechend Abstimmen werden Reglementiert. Wo leben wir eigentlich? Sind nicht gerade die Abgeordneten des Bundestages ihrem Gewissen und ihren Wählern verpflichtet? Dagegen üben wir scharfe Kritik am Vorgehen der SPD-Führung. Damit seien Prinzipien der Demokratie beschädigt worden. Es diene nicht der Sache, "wenn die Fraktionspeitsche geschwungen wird, und alle auf Linie gebracht werden". Dann können wir doch unseren Bundestag schließen, wenn den Abgeordneten eine freie Entscheidung genommen wird. Schröder und Müntefering sollten deshalb sofort ihre Plätze räumen. Mit Demokratie hat das ja wohl nichts zu tun.

+++ Politiker wiegeln Ihre Bürger auf

Unsere Politiker wiegeln Ihre Bürger gegeneinander auf um von ihren eigenen Fehlern abzulenken.

Besonders deutlich wird das bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Politiker beschimpfen Millionen Arbeitslose als Faul und Arbeitscheu. Schaffen immer strengere Vorschriften gegen die Arbeitslosen, sperren unberechtigt Leistungen. Sicher gibt es eine geringe Prozentzahl die vielleicht nicht arbeiten wollen. Schätzungen liegen da bei ca. 5 - 8 %. Aber der größte Teil der Arbeitslosen würde gern, lieber heute wie morgen eine Arbeit aufnehmen.

Besonders im Osten gibt es kaum noch eine Industrie die es ermöglicht Arbeitssuchende in Lohn und Brot zu bringen. Die Wirtschaft im Osten liegt völlig am Boden. Die Osterweiterung der EU wird Ostdeutschland den Rest geben. Billige Arbeitskräfte aus den Beitrittsgebieten werden den gesamten deutschen Markt überschwemmen.

Auch Ihr Arbeitsplatz ist davon bedroht. Wenn Sie dann selbst beim Arbeitsamt sitzen, werden sie bald feststellen, dass es auf dem Arbeitsmarkt überwiegend nur noch Sklavenarbeit gibt und sie mit einem Stundenlohn von 3 - 5 Euro nicht auskommen um allein die hohen Kosten und Steuern zu begleichen. Der Hungerlohn wird nicht mal ausreichen alle Abgaben zu decken. Wovon wollen Sie dann noch leben?

Wir sollten uns nicht von unseren Politikern aufhetzen lassen! Schon bald können auch wir arbeitslos sein! Stellen wir uns einmal vor: Das Arbeitsamt bietet eine Stelle an bei der wir nur noch 600 Euro Netto im Monat bekommen bei voller Arbeitszeit. Können wir damit alle Kosten decken? Wovon wollen wir dann noch leben? Und wenn wir dann diese Arbeitsstelle ablehnen, sperrt uns das Arbeitsamt noch die Zahlung.

+++ Politiker und Beamte verschwenden jedes Jahr 30 Milliarden Euro

110 Fälle von „Prunk, Protz, Selbstbedienung und Fehlplanung“ bei Bund, Ländern und Gemeinden sind gesammelt, u. a.: Der Umbau des Rheinischen Landesmuseums Bonn kostet 77 Mio. Euro (statt geplanter 38), die Stadt Frankenu (Nordhessen) verschleuderte mit einem Feriendorf-Projekt zweistellige Millionenbeträge. Würde der Staat das Geld sparen, müsste er nicht unzulässig seine Bürger abzocken.

+++ Wie uns der Staat jeden Tag das Geld aus der Tasche zieht

- Seit diesem Jahr kassiert der Staat pro Liter bleifreiem Benzin 65 Cent, für Diesel 47 Cent.
 - Ein Kilo Röstkaffee wird mit 2,19 Euro versteuert, bei löslichen Kaffee sind's 4,78 Euro pro Kilo.
 - Raucher verhalfen dem Staatsetat 2001 zumindest zu einer Mehreinnahme von 12,1 Milliarden Euro.
 - Pro Liter Sekt verdient er 1,02 Euro. Insgesamt wurden so 457,2 Millionen Euro in die Staatskasse gespült.
 - Biersteuer: Im letzten Jahr kassierte der Finanzminister 828,5 Millionen Euro vom Biertrinkenden Volk.
 - Branntweinsteuer: brachte 2,1 Milliarden Euro für die Staatskasse.
 - Mehrwertsteuer pro Jahr kassiert der Bund zwischen 140 und 150 Milliarden Euro.
- Und viele Milliarden für Auto- Lohn- und Erbschaftsteuer usw. usw.

+++ Nur wieder Kranke - werden Abgezockt!

Experten schätzen, dass Kassenpatienten mit einer Mehrbelastung von 400 bis 600 Euro pro Jahr rechnen müssen.

Dabei ist eine Zahnbehandlung noch nicht mal dabei! Haben wir von unseren Politikern was anderes erwartet?

Für nicht mal ein Prozent Einsparungen bei den Krankenkassenbeträgen müssen wir nun ca. 600 Euro im Jahr mehr bezahlen. Zahnbehandlungen kommen dann noch dazu.

Haben die verantwortlichen Politiker eigentlich noch einen wirklichen Überblick? Allein die Umstellung der Systeme kostet den Steuerzahler Milliarden. Nutzen gleich Null. Nur die Großen Konzerne und Krankenkassen profitieren von der Gesundheitsreform in Milliardenhöhe. Was soll das Herr Bundeskanzler?

Unsere Regierung fehlt jeglicher Sinn, kaufmännisch zu denken. Z.B. Ein Hausarzt müsste durch die Einnahme von Bargeld einen erheblichen Mehraufwand betreiben. Für die Führung eines Kassenbuches, Wege zur Einzahlung auf die Bank, Steuerliche Erfassung der Beiträge, Rechnungen und Mahnwesen usw. müssen die Kassenärzte mindestens genau soviel aufwenden nur um das Geld zu verwalten.

Alles zum Wohle der Bürokratie...

Neues zur Gesundheitsreform: Nun soll es wenigstens noch für geringe Einkommen eine Entlastung geben! 1 Euro statt 10 Euro! Wie hirnlos doch unsere Politiker sind! Erst vergessen Sie die Sozialhilfeempfänger und Rentner ganz, dann wir auf ein Euro gesenkt. Für die Erfassung, und der Ausdruck einer Rechnung zu 1 Euro sowie z.B. ein Buchungssatz beim Steuerberater für ein Euro kostet mindestens 4 - 5 Euro. Ist das denn wirklich wahr, was wir hier in Deutschland erleben? Kein Wunder das es in Deutschland nur noch abwärts geht. Wer sich so ein Schwachsinn einfallen lässt, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

+++ Vorsicht bei Lebensversicherungen!

Finanzminister Eichel (SPD) will im nächsten Jahr den so genannten Garantie-Zins kürzen. Statt 3,25 % gibt es dann nur noch 2,75 % Zinsen pro Jahr. Millionen Policen-Besitzer sind in Angst, fürchten um ihre Altersvorsorge. **Und zurecht wie wir meinen!**

Laut EU-Recht muss Eichel den Garantie-Zins der Durchschnitts-Rendite von Staatsanleihen anpassen. Und diese sinken von Jahr zu Jahr drastisch. Derzeit liegen die Zinsen nur noch bei rund 5 % Zinsen. In den 90er-Jahren waren es noch gut 8 %.

Vorsicht also bei Lebensversicherungen. Die erste Pleite einer Versicherung hat es bereits gegeben. Wie auch, soll eine Versicherungsgesellschaft Gewinn erwirtschaften, wenn die Börsen und Kapitalanlagen permanent sinken?

Ich habe meine Lebensversicherungen bereits alle vorzeitig gekündigt. Lieber jetzt einige Euro weniger als später vielleicht gar nichts mehr. Einige Banken geben auf Sparbücher noch einige Prozent Zinsen (z.B. Diba 3,0 %). Im Gegensatz zu einer Versicherung ist dort das Geld sicher - denn der Staat haftet für die Einlagen auf den Sparkonten - was leider bei Versicherungen nicht der Fall ist. Auch könnte ich mir vorstellen, dass irgendwann ein Politiker vielleicht auf die Idee kommt z.B. die Versicherungssteuer bei der Auszahlung einer Versicherung mit vielleicht 50 % zu besteuern. Was dann? Ein altes Sprichwort sagt: "Lieber einen Spatz in der Hand, als eine Taube auf dem Dach"!

+++ Kuhhandel Gesundheitsreform?

Die geplante Positivliste für Arzneimittel, mit der die Pillenflut eingedämmt werden sollte, steht auf der Kippe. Das sickerte aus den Gesprächen von Regierung und Opposition zur Gesundheitsreform durch. Damit hätten sich Union und Pharma-Lobby durchgesetzt.

Nun zahlt der Patient wieder die Zeche?

Positivliste droht das Aus:

Wie aus Verhandlungskreisen verlautet, scheint die Regierung bereit zu sein, auf die umstrittene Positivliste zu verzichten. Mit der Liste wollte Gesundheitsministerin Schmidt die Zahl der Medikamente, die die Krankenkassen bezahlen müssen, um die Hälfte reduzieren. Rund 800 Millionen Euro im Jahr sollten so eingespart werden. Derzeit dürfen Ärzte rund 40.000 Arzneimittel zu Lasten der Kassen verschreiben.

Anmerkung: Es gebe Arzneimittel, "die zwar schöne Namen haben, aber letztendlich nicht viel nutzen - und zudem noch weit übersteuert sind". Warum unterbindet die Regierung diese Abzocke nicht?

Alles nur zum Wohle der Großkonzerne, "Unten nehmen - denn großen Geben" Nicht mit uns Herr Bundeskanzler!

+++ Bundesbürger wollen mehr über Reformen wissen

Zwei von drei Deutsche fühlen sich von Parteien und Politikern über die geplanten Reformvorhaben schlecht informiert. In einer Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts Infratest-Dimap im Auftrag des ARD-Politikmagazins "Report München" bemängelten 66 Prozent der Befragten Informationsdefizite.

Anmerkung: Senden Sie uns eine leere E-Mail an: news@bashop.de und Sie erhalten immer die neusten Info's.

Steuergelder verschwendet - Rechnungshof deckt auf:

+++ Der Staat setzt alljährlich Millionen in den Sand.

Schlamperei, mangelnde oder gar fehlende Koordination oder Kontrolle und manchmal auch kriminelle Machenschaften kosten den Bund alljährlich mehrere hundert Millionen Euro.

So beanstandeten die Kassenprüfer, dass noch immer Millionenbeträge an Personal- und Sachkosten zur Verwaltung des 1952 gegründeten Ausgleichsfonds für Kriegs- und Kriegsfolgeschäden ausgegeben würden, obwohl es fast 60 Jahre nach Kriegsende kaum noch Ausgleichsfälle gebe. Das Bundesinnenministerium habe inzwischen zugesagt, den Fonds bis Ende kommenden Jahres aufzulösen.

Eher in die kriminelle Sparte fällt der Fall des Jugendverbandes einer berufsständischen Organisation. Der Verband hatte den Angaben zufolge Zuwendungen für Teilnehmer kassiert, die an Veranstaltungen gar nicht teilgenommen oder die mit einem Alter von 55 Jahren kaum noch als jugendlich bezeichnet werden konnten.

Außerdem seien touristische Reisen in die USA durch erfundene Programme zu Jugendbegegnungen umfunktioniert worden, für die es ebenfalls Geld gab. Das Bundesjugendministerium habe inzwischen gegen Verantwortliche Strafanzeige erstattet. 640.000 Euro Fördermittel wurden zurückgezahlt.

Anmerkung: Das ist natürlich nur die Spitze des Eisberges! Z.B. **Arbeitsämter verschwenden deutschlandweit Milliarden** für sinnlose Umschulungen und Praktikumsplätze. So z.B. das Arbeitsamt Magdeburg lädt Arbeitslose zur Umschulung ein. Dort werden 3 Stunden am Tag Mathematikübungen gemacht, dann geht es einige Wochen zum Praktikum bei Industrie und Handel (natürlich kostenlos für die Arbeitgeber wie z.B. Hornbach-Baumarkt Magdeburg). Das ist in der Urlaubszeit ein gern genommener kostenloser Service vom Arbeitsamt. Wozu soll Hornbach dann noch zusätzliche Arbeitskräfte einstellen?

Für 47 Millionen hat Magdeburg erst ein neues Arbeitsamt bekommen. Was machen die fleißigen Mitarbeiter im Amt? Die schicken alle Arbeitslosen zu privaten Arbeitsvermittlungen und zahlen für unnötige Umschulungen und Beratungen zusätzlich Millionen. Wofür eigentlich brauchte Magdeburg dann noch ein Arbeitsamt für 47 Millionen?

Hier mal ein Beispiel eines Umschulungstages - finanziert durch das Arbeitsamt Magdeburg:

Beginn: 8.30 Uhr - 30 Minuten später bereits Frühstückspause ca. 30 - 45 Minuten. Dann wieder ein wenig Mathematikunterricht (rechnen von Aufgaben mit Taschenrechner) dazwischen natürlich noch mindestens eine Raucherpause.

Von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr ist dann Mittagspause. Nach der Mittagspause noch einwenig Unterricht bis 13.45 Uhr gefolgt von

mindestens einer Raucherpause (ca. 20 Minuten) und um 14.30 Uhr ist bereits Schulungsende. Der Clou, dass Arbeitsamt Magdeburg zahlt pauschal noch jedem Teilnehmer 35 Euro pauschale Fahrkosten. Für Arbeitslose die sich den Schwachsinn anhören müssen - wenigstens ein kleiner Trost.

Wohlgemerkt, es handelt sich dabei um Arbeitslose mit mehreren Fachabschlüssen. Wie uns soeben bekannt wurde, werden diese sinnlosen Maßnahmen beim Arbeitsamt Magdeburg bereits seit März 2003 mit tausenden Arbeitslosen praktiziert. Zudem werden tausende Arbeitslose zum kostenlosen Praktikum in Firmen der Region geschickt. Dann brauchen wir uns nicht wundern, weshalb keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Das Arbeitsamt selbst, verhindert die Schaffung von tausenden neuen Arbeitsplätzen. Erstaunlich ist auch hier, dass nur große Firmen reichlich mit Praktikanten vom Arbeitsamt versorgt werden. Wir werden das Arbeitsamt Magdeburg um eine Stellungnahme bitten und darüber berichten.

Standort Deutschland:

+++ Krisenstimmung in Deutschland

Deutschland einig Krisenland - die Schief lagen auf staats- und privatwirtschaftlicher Ebene haben beängstigende Ausmaße angenommen. Ein Alphabet der "Krisen-Schlagworte", von Arbeitslosigkeit bis Zahlmeister Europas. Begriffe wie Arbeitslosen-Rekord, Börsen-Crash, Deflations-Angst, Konsumflaute, Neuverschuldung oder Steuererhöhung werfen ein grelles Licht auf die Lage Deutschlands. Die größte Volkswirtschaft Europas befindet sich in einer tiefen Krise.

Auch politisch herrscht seit Monaten ein Klima der Stagnation. Viele Bürger sind auch angesichts offener Fragen wie etwa der Zukunft des Gesundheits- oder des Rentensystems verunsichert. Unsere Regierung wie auch die Opposition taumeln im Nebel, jeder Politiker hat nur eine Sorge: Wie kann ich den Bürgern noch mehr in die Tasche greifen. Die Regierung wie auch die Opposition spielen nur Theater und selbst leben sie, wie die Maden im Speck. Dabei wäre ein Aufschwung für unserer Wirtschaft so einfach. Aber solange die Regierung den großen Konzernen nach wie vor Milliarden zuschieben - kann es keinen Aufschwung geben. Auch die Ämter unseres Landes wie z.B. die Arbeitsämter verpulvern Milliarden für unnütze Umschulungen und Praktikumsstellen usw.

Wozu brauchen unsere Politiker z.B. eine Flugbereitschaft? Fast jeder Politiker fliegt mit der Flugbereitschaft durch die ganze Welt sowie auch Kurzstrecken innerhalb Deutschlands. Es gibt auch für Politiker die Möglichkeit z.B. mit Linienflüge zu fliegen. Milliarden Einsparungen allein bei der Flugbereitschaft würden bereits einige Defizite ausgleichen. Hat denn z.B. der ehemalige Verteidigungsminister seine Flüge nach Mallorca und zurück nachträglich bezahlt? Sicher doch nicht, aber die Diäten werden natürlich weitergezahlt. Wenn ein Bürger seine Arbeit verliert weil er eventuell schuldhaft gehandelt hat, werden ihm sofort einige Monate kein Arbeitslosengeld gezahlt. Aber unsere Herren Politiker stört das wenig - sie nehmen sich die fetten Abfindungen und Ausgleichzahlungen usw. **Mit welchem Recht? Was für eine Gerechtigkeit in Deutschland? Laut unserer Verfassung sind doch alle Bürger gleich zu behandeln, oder Herr Bundeskanzler?**

Kaum ein Politiker zahlt Ökosteuer, Rentenversicherung, Krankenversicherung oder Arbeitslosenversicherung entsprechend ihrer traumhaften Einkommen. Jeder weiß z.B. noch, wie sich die Bürger in Ostdeutschland über die Wandlitz-Siedlung der ehemaligen Parteifunktionäre der ehemaligen DDR-Regierung empört haben. Im Gegensatz zu unseren Herrn Politiker heute, hat die Regierung der DDR in armseligen Behausungen gelebt. Von Vermögen will ich gar nicht erst reden.

Das alte Sprichwort "Wasser predigen und Sekt saufen" hat mehr Bedeutung denn je. Haben wir schon mal gehört, dass eine drastische Kürzung aller Diäten von Politiker und Abgeordneten zur Disposition steht? Wegfall aller Abfindungen in Millionen Höhe - ein Politiker sollte wie jeder anderer Bürger unseres Landes für ein Jahr Arbeitslosengeld erhalten und nicht Millionen Abfindungen und Altersruhestandsgelder. Den ohnehin armen Arbeitslosen und Geringverdiener will die Regierung in unverschämter Höhe Kürzungen bis unter dem Existenzminimum zumuten. Die beabsichtigte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird vielen Bürgern besonders in Ostdeutschland an den Rand des Ruin treiben. Die Millionen Arbeitslose in Deutschland oft auch als "Faul" bezeichnet haben keine Schuld an der Misere. Nicht die Bürger haben die Wirtschaft im Osten völlig kaputt gemacht. Wo sind die Milliarden-Werte aus dem Osten?

Herr Bundeskanzler, holen Sie sich die fehlenden Milliarden von den Konzernen sowie ehemaligen Staatsunternehmen wie z.B. der Telekom, Post, Bahn usw. (z.B. der ehemalige Telekomchef hat knapp 10 Millionen Abfindung bekommen). Wofür? Warum keine Abfindungen für die Bürger die im Osten? Nachdem ihre Firmen sinnlos abgewickelt wurden. Heute müssen sie sich die vielen Millionen Arbeitslose im Osten als Arbeitsscheu bezeichnen lassen - müssen sich vor den z. Teil überheblichen Beamten im Arbeitsamt sowie von Hirnlosen Politikern menschenunwürdig behandeln und beschimpfen lassen, nur weil sie einfach keine Arbeit finden. Die großen Konzerne aus dem Westen haben sich doch alle Werte (mit voller Unterstützung der Regierung) aus dem ehemaligen Osten unter den Nagel gerissen.

Diese Unternehmen machen heute Milliarden Gewinne auf Kosten der Bürger unseres Landes. Die Milliarden Gewinne werden nicht mal in Deutschland - sondern im Ausland investiert. Auch die Pharmaindustrie erzielt Milliarden Gewinne auf Kosten der Bürger und Krankenkassen. Kein Politiker unterbindet die scharmlose Abzocke z.B. der Pharmaindustrie sowie der Autoindustrie. Warum z.B. sind Medikamente wie auch Autos in anderen Ländern z. Teil bis zu 50 % günstiger zu haben? Die Deutschen Bürger werden auch hier rigoros abgezockt. Warum gibt es Milliarden Fördergelder für Großkonzerne wie VW, BMW usw. Herr Bundeskanzler, kippen Sie auch Wasser in den Brunnen oder tragen Bäume in den Wald?

Die Arbeitslosenquote im Osten liegt noch weit höher als uns vorgegaukelt wird - unsere Kinder die aus Mangel an Lehrstellen in Berufsschulen ausgebildet werden und wurden, sind nicht von der Arbeitslosenstatistik erfasst. Allein in Ostdeutschland sind das einige hunderttausende aus den letzten Jahren. Nimmt man noch die in ABM-Maßnahmen und in unsinnigen Umschulungen versteckten Arbeitslosen hinzu, sollte die Zahl der Arbeitslosenquote im Osten bei ca. 35 - 40 % liegen.

+++ Rot-Grün und Union einig - Kasse zahlt nicht mehr für Zahnersatz!

Die Gesundheitsreform wird noch teurer! Künftig sollen die Versicherten Krankengeld und Zahnersatz selbst bezahlen und dafür Zusatzpolice bei den Krankenkassen abschließen. Darauf haben sich Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und der

Unions-Gesundheitsexperte Horst Seehofer (CSU) verständigt. Damit wird der Gang zum Zahnarzt für Kassenpatienten bald noch teurer! Jeder Versicherte muss dann für Kronen, Brücken und Zahnprothesen eine zusätzliche Versicherung abschließen.

Kommentar: Unsere Politiker haben nur noch eine Sorge: Wie können wir unseren Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche ziehen! Sind unsere Politiker wirklich so blind und erkennen nicht, dass die Krankenkassen Milliarden für ihre eigenen Kosten wie Immobilien, weit überzogene Gehälter, Nobelkarossen, exquisite Büroausstattungen, unsinnige Werbung in Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie Printmedien usw. usw. verschleudern? Was ist mit den teuren Medikamenten? In Frankreich z.B. werden z. Teil die gleichen Medikamente bis zu 50% günstiger angeboten. Warum nicht in Deutschland? Allein mit den eingesparten Preisen bei Medikamenten könnten Milliarden Euro Jahr für Jahr gespart werden. Unsere Beiträge für die Krankenkassen könnten innerhalb weniger Monate um ca. 40% gesenkt werden. Die Zuzahlungen jeglicher Art könnten sofort ersatzlos gestrichen werden.

+++ Eigenheimzulage soll weg! Hausbau – lohnt sich das jetzt noch?

Was geschieht mit der Eigenheimzulage? Wird sie gestrichen, um die Steuersenkungen damit zu finanzieren?

Kommentar: So ein paar Cent gewonnen - und schon werden dafür jedem Bauherrn tausende Euro genommen. Ist das denn wahr? Ein kleines bescheidenes Häuschen in Deutschland bereits weit überteuert (in Ungarn bereits für 50.000 Euro zu haben). Nun soll den schon ohnehin gebeutelten Geringverdiener auch noch die Eigenheimzulage genommen werden. Denken unsere Politiker eigentlich noch mit? Ca. 80% der jetzigen Bauherren könnten sich ohne Eigenheimzulage überhaupt kein Haus bauen. Wollen die Herren Politiker mit Ihren Prachtvillen nun die Wirtschaft noch mehr in den Ruin treiben?

Wie viele Firmen werden mit dem Wegfall der Eigenheimzulage in die Insolvenz gehen? Nicht nur Baufirmen sind davon betroffen. Auch das gesamte Baunebengewerbe wäre davon hart gezeichnet.

Die Eigenheimzulage muss bleiben! Wir meinen sogar, sie sollte noch massiv erhöht werden.

+++ Rentner-Aufstand gegen Rot-Grün!

Deutschlands Rentner wehren sich! Sie empfinden Steuersenkungen für die Jungen und Einschnitte bei den Renten als ungerecht – und gehen jetzt auf die Barrikaden: Der Sozialverband VdK (1,1 Millionen Mitglieder) will die Rentenversicherer mit Millionen Widerspruchsschreiben lahm legen und eine Unterschriftenaktion gegen Rot-Grün starten!

VdK-Präsident Walter Hirrlinger zu BamS: „Das Maß ist voll! Deutschlands Rentnerinnen und Rentner sind nicht die Sparschweine der Nation. Wir fordern alle Rentner in Deutschland dazu auf, ab sofort gegen die Rentenanpassung 2003 schriftlich Widerspruch einzulegen.“

Das Ziel des Sozialverbandes: Die Rentenversicherungsträger sollen mit Millionen Briefen überflutet werden. „Sie sind außerdem dazu verpflichtet, jeden Widerspruch schriftlich zu bestätigen“, sagt Hirrlinger. Er gehe davon aus, dass mindestens drei Millionen Briefe verschickt werden. „Da kommt eine Menge Arbeit auf die Rentenversicherungsträger zu“, so der Vdk-Chef.

Helfen Sie mit, dass dieser Spuck bald ein Ende hat!

Sie wollen aktiv an einem demokratischen Widerstand mitarbeiten? Dann senden Sie uns einfach eine E-Mail an: news@bashop.de Sie erhalten dann ständig alle Infos.

...es reicht jetzt!

Unten nehmen - Diäten erhöhen

Nicht mit uns, Herr Bundeskanzler!

[Startseite](#) [Vorschläge](#) [Theorien](#) [Abzocke](#)

[Spenden](#)

[Schreiben Sie uns Ihre Meinung](#)

Unsere Vorschläge:

1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Mit unseren Punkteplan kann die Arbeitslosigkeit um mindestens 50 % gesenkt werden. Wir müssen die Lohnnebenkosten erheblich reduzieren. Das führt zu einem dazu das jeder Bürger erheblich weniger Abgaben leisten muss und zum anderen das die Unternehmen Ihre Kosten enorm senken können und damit gerade im Hinblick auf die Europäischen Union Konkurrenzfähig bleiben. Das führt dann zu einem zweistelligen Wirtschaftswachstum innerhalb von nur einem Jahr. Das bedeutet die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze.

Einführung von Mindestlöhnen Nettolohn 1.000,- Euro"

Wir sollten dafür eintreten das jeder Bürger der ganztätig arbeitet einen Anspruch auf einen Mindestlohn von mindestens 1.000,- Euro Netto erreichen sollte. Es wird mit dem Mindestlohn erreicht, dass die vielen Arbeitslosen eine lohnende Perspektive statt Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe bekommen.

Die freien Arbeitsplätze besonders in den unteren Einkommensklassen werden mit dem Programm „Mindest-Nettolohn 1000 Euro“ kurzfristig zu besetzten sein und der Arbeitnehmer bekommt wieder eine lohnende Aufgabe. Gleichzeitig wird dadurch die Kaufkraft in unserem Land drastisch erhöht und Arbeit statt Stütze wieder attraktiver. Wir gehen davon aus, dass nach Einführung von Mindestlöhnen innerhalb eines Jahres einen enormen Konjunkturaufschwung zu verzeichnen ist.

Damit der Mindestlohn unverzüglich in Kraft treten kann, wollen wir eine sofortige Überbrückungszahlung an jeden Arbeitgeber einführen. Dieser Zuschuss ist weit günstiger als die Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe. Mit diesem Programm könnte die Arbeitslosigkeit in wenigen Monaten drastisch reduziert sein.

Arbeit muss sich wieder lohnen!!!

1.1. Senkung der Lohnnebenkosten durch Umstrukturierung der Krankenkassen

Alle Krankenkassen werden zu einem Verbund zusammengeschlossen, das bedeutet das in jedem Ort nur noch jeweils 1 Informations- und Betreuungszentrum für die Anliegen der Mitglieder bestehen bleibt, dazu soll auch ein Call-Center für allgemeine Fragen der Mitglieder mit kostenloser Rufnummer bereitgestellt werden. Zusätzlich werden Mitarbeiter eingesetzt die eine kostenlose Beratung auf Wunsch im Hause der Mitglieder übernehmen.

Mit dieser Maßnahme können die Kassenbeiträge um mindestens 30 % gesenkt werden. Die Prachtbauten, Einrichtungen und Fahrzeuge aller Krankenkassen sollen veräußert werden und die dadurch erzielten Erlöse in den Krankenhäusern zur Modernisierung bzw. Anschaffung neuer medizinischer Geräte eingesetzt werden. Die Abrechnung aller Leistungen zwischen den Gesundheitseinrichtungen und der Krankenkasse sollen durch eBusiness - Lösungen abgerechnet werden. Alle Zuzahlungen bei Medikamenten und jeglicher medizinischer Pflege kann ersatzlos gestrichen werden. Lesen Sie dazu auch Punkt 1.5. Das Internet kann auch hier Milliarden Einsparungen bringen. Der Kontakt per Tastatur spart nicht nur unsinnige Portogebühren in Millionenhöhe.

1.2. Senkung der Rentenbeiträge

Die Rentenversicherungsanstalten werden ersatzlos gestrichen die Bearbeitung aller Rentenansprüche- und Rentenangelegenheiten usw. wird von der Zentralen Krankenkasse übernommen. Damit ist auch die Betreuung der Rentner bzw. Rentenantragssteller durch persönliche Beratung im Informationszentrum bzw. Call-Center der Krankenkassen und durch Vor-Ort Beratungen durch besonders geschulte Mitarbeiter gewährleistet. Damit können bereits in der ersten Phase die Rentenbeiträge um mindestens 6 % gesenkt werden. Zur Stabilisierung der Rentenbeiträge sollten auch alle Staatsdiener (Beamte) in die Rentenkasse einzahlen. Es kann nicht sein, dass Beamte keine Rentenversicherung bezahlen!

Kurzübersicht:

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit:

- Einführung von Mindestlöhnen „Nettolohn 1.000,- Euro“.
- Senkung der Lohnnebenkosten durch Umstrukturierung der Krankenkassen.
- Senkung der Rentenbeiträge durch Eingliederung in die Krankenkasse.
 - Abschaffung der Pflegeversicherung unter Beibehaltung aller Leistungen!
 - Senkung der Arbeitslosenversicherung

Senkung der Einkommenssteuer finanziert durch eine konsequente Bekämpfung von Steuerverschwendungen z.B:

- Weg mit den hohen Diäten, Pensionen und Überbrückungsgelder der Politiker.
- Einführung einer persönlichen Haftung für Politiker und Beamte.
- Keine unsinnigen Prunk- und Protzbauten mehr solange die Staatsverschuldung so hoch ist und nicht ausreichend Ausbildungs- Studios- und Forschungsplätze geschaffen sind.
- Kontrolle vor der Ausgabe von Steuergeldern durch unabhängiges Gremium eines anderen Bundeslandes.

Förderung neuer mittelständiger Unternehmen.

Staatliche Unterstützungen bei Firmenneugründungen.

2 Jahre Bilanz und Steuerfrei.

[Recht auf Wohnen](#)

1.3. Abschaffung der Pflegeversicherung unter Beibehaltung aller Leistungen.

Auch die Pflegeversicherung könnte ersatzlos gestrichen werden, finanziert wird die Pflegeversicherung durch Umstrukturierung bei den Krankenkassen. Zusätzlich werden durch die enorme Senkung der Lohnnebenkosten die Kosten für die Herstellung von Medikamenten fallen, die dadurch erzielten Einsparungen sollen dann zur Finanzierung der Pflegeversicherungen beitragen.

1.4. Senkung der Arbeitslosenversicherung

Bedingt durch den enormen Aufschwung nach Realisierung unseres Punkteplanes und die damit verbundene Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze kann der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ebenfalls um mindestens 50 % gesenkt werden. Wie? Auch durch Schließung von Arbeitsämtern.

1.5. Schließung von Arbeitsämtern

Jedes zweite Arbeitsamt könnte sofort geschlossen werden! Was machen die Arbeitsämter, denn noch? Die meisten Ämter erfassen nur noch die Arbeitslosen und schicken sie dann zu privaten Vermittlungs- und Umschulungsfirmen.

Die Erfassung von Anträgen könnte zum einem über das Internet und zum anderen per Computer in den verbleibenden Ämtern abgewickelt werden (Anleitung durch geeignete Mitarbeiter).

Bereits über 40 Millionen Menschen verfügen in Deutschland über einen Internetanschluss. Es wäre demnach so einfach, Anträge per Internet abzuwickeln. Die Berechnung könnte dann mittels einer Software errechnet und per E-Mail versandt werden. Auch der Kontakt vom Arbeitsamt zum Arbeitslosen könnte schon heute in vielen Fällen mittels einer kostenlosen E-Mail erfolgen.

Hier sind allein durch die Schließung von Arbeitsämtern, Einsparungen im Schriftverkehr (Porto, Schreibkosten usw.) in Milliardenhöhe möglich. Das gleiche gilt auch für Kindergeldkassen, Finanzämter, Verwaltungsakte der öffentlichen Verwaltungen, Krankenkassen, Wohngeld usw. usw. Die Absicherung der EDV sowie des Datenschutzes wird mittels eines Passwort bzw. eigenes Login erreicht.

Milliarden könnten sehr schnell eingespart werden - und für die Verwendung von sinnvoller Arbeitsmarktpolitik und Senkung von Steuern eingesetzt werden. Die Technik ist bereits in allen Arbeitsämtern ausreichend vorhanden, sie muss nur sinnvoll eingesetzt werden.

1.6. Senkung der Einkommenssteuer

Durch den hohen wirtschaftlichen Aufschwung sowie Einsparungen an den richtigen Stellen ist es dann auch möglich, die Einkommenssteuer weiter zu senken.

1.7. Steuerreform

Abschaffung des alten Steuersystem! Schaffung eines einfachen Steuersystems: Einführung pauschaler Steuersätze 15 % / 25% / 35 % auf das Einkommen entsprechend der Einkommenshöhe. Damit entfallen alle Sonderabschreibungen! Steuergerechtigkeit sollte damit nun endlich erreicht werden und jeder Bürger kann so seine Abgaben selbst berechnen.

Denkbar wäre auch ein gemeinsamer Steuersatz, dass heißt: eine pauschale prozentuale Abgabe auf alle Einnahmen in der alle Abgaben wie Renten-Kranken-Pflege und Arbeitslosenversicherung enthalten sind. Die Zuordnung könnte dann zentral durch einen Verteilerschlüssel erfolgen. Einsparungen mehrerer Milliarden, denn die nutzlosen Verwaltungsakte die heute schon ca. 30 % der Beiträge betragen, könnten somit eingespart werden.

Diese Einsparungen wieder in die Geldbeutel der Bürger zurückführen, würde eine drastische Kaufkraftsteigerung bringen und Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. So einfach wäre ein Konjunkturaufschwung in zweistelliger Höhe.

2. Steuerverschwendung

2.1. Radikale Kürzung der Diäten sowie Haftung für Politiker

Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen das die Vergeudung und Verschwendung von Steuergeldern in Zukunft unter Strafe gestellt wird. Ferner werden wir dafür sorgen, dass bis zur völligen Sanierung unseres Staatshaushaltes und der Staatschulden keine Prunk- und Protzbauten mehr errichtet werden, keine alten Schlösser, Burgen oder Residenzen unserer

Jeder Bürger soll ein Recht auf eine Wohnung haben.

Recht auf zumutbare Arbeit

Keine unterbezahlten Jobs mehr.

Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.

Renten Anpassung

Ostdeutsche Renten müssen dem Niveau der Westrenten angepasst werden. Keine Benachteiligung mehr für Ostdeutsche Rentner.

Abschaffung der Ökosteuer

Sofortige Abschaffung der Ökosteuer.

Senkung des Renteneintrittsalters

Frauen ab 58 und Männer ab 60 Jahren sollten Altersrente beziehen dürfen.

Das Staatliche Kindergeld sollte mindestens 500.- Euro pro Kind betragen.

Einwanderung und Asyl

Verschärfung des Asylmissbrauches.

Jeder Ausländer der sich in Deutschland strafbar macht und rechtskräftig verurteilt wurde, sollte **sofort** in sein Heimatland abgeschoben werden.

Volksentscheide

Nie wieder darf es vorkommen das bei grundsätzlichen Entscheidungen wie z.B. mit der Einführung des Euros die Bürger unseres Staates nicht befragt werden.

Drogen

Keine Legalisierung von lebensbedrohlichen Drogen.

Tierschutz

Tiere sollten nicht weiter als Sache behandelt werden.

Alternative Energien und Umweltschutz

Solar- und Windkraftenergie sollten frei von jeglichen Steuern und Gebühren sein.

- Gebührenfrei ins Internet.
- Keine ständigen

**Werbeunterbrechungen mehr!
Nur noch einen Werbeblock von
max. 15 Minuten pro Sendung.**

Politiker mit Milliarden Aufwand saniert werden. Dieses Geld soll besonders für Gesundheitseinrichtungen, Straßenbau, sowie für Ausbildungsstätten, Schulen, Hochschulen, Universitäten sowie in der Forschung genutzt werden.

Weiterhin wollen wir dafür sorgen, dass unsere Herrn Politiker nicht derart überzogene staatliche Zuwendungen erhalten. Schluss auch mit den ungerechtfertigten hohen Überbrückungsgelder, Weihnachtsgelder, Ruhegeldern und Diäten. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass die Plenarsäle in Landtagen und im Bundestag nicht mehr nur mit geringer Beteiligung besetzt werden. Politiker die ohne triftigen Grund nicht zu den Sitzungen erscheinen sollen in Zukunft für den gesamten Monat keine Diäten mehr erhalten.

Notwendig ist es auch das die Politiker zur persönlichen Haftung ihrer Fehlentscheidungen herangezogen werden müssen, wie es auch bei Unternehmern der Fall ist. Jeder Unternehmer haftet mit seinem persönlichen Vermögen - die Politiker nicht. Das muss sich schnellstens ändern!

2.2. Pensionsansprüche

Keine überdimensionierten Ansprüche mehr für Politiker und Staatsdiener. Die Herren Politiker bekommen schon genug Geld. Deshalb sollen sich in Zukunft die Abfindungen, Überbrückungszahlungen und Pensionen der Staatsdiener den, eines Arbeitnehmers anpassen.

2.3. Kontrolle vor der Ausgabe von Steuergeldern

Wir wollen erreichen, das größere Investitionen bereits vor der Planung durch ein unabhängiges Gutachten, durch ein neutrales Gremium geprüft wird. Dabei soll auch darauf geachtet werden, dass nur regionale Anbieter bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden.

3. Förderung mittelständiger Unternehmen

3.1. Antragsverfahren

Unser Ziel ist es alle Genehmigungsverfahren mit festen kurzen Bearbeitungsfristen zu versehen. Keine unnötige Bürokratie mehr. Wird der Antrag nicht innerhalb dieser Frist abschließend bearbeitet gilt er als genehmigt. Sollten sich dann Unregelmäßigkeiten herausstellen - dann haftet der zuständige Bearbeiter mit seinem Privatvermögen. Die unnötige Bürokratie muss endlich ein Ende haben.

3.2. Unterstützung bei Firmenneugründungen

Neugründungen von Einzelfirmen bzw. Personengesellschaften soll eingeräumt werden, dass für die ersten 2 Jahre keine unnötigen Steuerbelastungen entstehen. Bis auf die Umsatzsteuer sowie Arbeitgeber- u. Arbeitnehmerabgaben sollte das junge Unternehmen nicht mit unnötiger Bilanzbuchhaltung belastet werden. Die Existenzgründer sollen sich voll und ganz auf den Aufbau ihrer Firma kümmern können.

Auch wollen wir ein Gesetz das Einzelunternehmer besser absichert, falls die Firma in Insolvenz geht. Bisher ist es so, dass Unternehmer wenn die Firma pleite ist meist nie wieder auf die Beine kommen. Unternehmer zahlen zwar Unmengen an Arbeitslosenbeträge aber bekommen im Bedarfsfall nicht einen Cent.

Ein Unternehmer der auf Grund der schlechten Wirtschaftslage in die Insolvenz geht - lebt danach unter dem Existenzminimums. Das kann ja wohl nicht sein!

4. Recht auf Wohnen

Jeder Bundesbürger sollte das verfassungsmäßige Recht auf eine angemessene Wohnung haben. Sozialschwache und insbesondere Familien mit minderjährigen Kindern müssen bei finanziellen Nöten das Recht auf eine angemessene Wohnung erhalten. Das bedeutet keine Wohnungsräumungen wegen Mietschulden! Der Staat sollte in diesen Fällen die Miete übernehmen was er ja bereits heute schon in den meisten Fällen macht. Dadurch sparen die Sozialämter zusätzliche Kosten für den Umzug bzw. Neueinrichtung der neuen Wohnung.

5. Recht auf Arbeit

Alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland sollen ein Verfassungsmäßiges Grundrecht auf Arbeit haben. Gleichzeitig hat aber jeder Bundesbürger das Recht jegliche unterbezahlte Arbeit abzulehnen. Keine Arbeit mehr unter dem Tariflohn. Die Sprüche der Politiker um die angeblich faulen Arbeitslosen wird so ein Ende haben. Kein Politiker würde für 4,08 Euro Stundenlohn arbeiten. Aber den schon sozialschwachen will man das zugestehen und sogar per Arbeitsamtsauflage aufdrücken. Dieser grobe Misstand muss beseitigt werden. Keine Arbeit unter dem Tariflohn! Gleichzeitig soll es auch keine minder Löhne in Osten gegenüber dem Westen geben. Gleiche Arbeit gleiches Geld für Alle!

6. Renten Anpassung

Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die Anpassung der Renten legen. Für uns ist es völlig unverständlich wie unsere Ostdeutschen Rentner mit minder Renten abgespeist werden. Es muss endlich eine Neuberechnung der Renten geben. Das bedeutet, dass die Ostdeutschen Rentner genauso viel Rente erhalten sollen wie ihre Berufskollegen im Westen. Dabei sollten pro Kind 5 Jahre als arbeitspflichtige Jahre anerkannt werden. Hände weg von den Renten - keinerlei Kürzungen im Rentenbereich. Es ist genug Geld da - es muss nur besser verteilt werden.

7. Abschaffung der Ökosteuer

Die Ökosteuer wird dann nicht mehr zur Rentenfinanzierung benötigt und kann sofort abgeschafft werden. Eine Sanierung des Staatshaushaltes auf Kosten der Bürger ist unberechtigt. Besonders Geringverdienende, Rentner, Studenten und Azubis wurden mit der Ökosteuer zu Unrecht gebeutelt.

8. Senkung des Renteneintrittsalters

Völlig unverständlich ist auch die Haltung der Regierung zum Rentenalter. Politiker und Staatsdiener können frühzeitig mit weit überhöhten Pensionen in den Ruhestand gehen. Den Arbeitern und Angestellten will man das nicht zugestehen und genau das muss geändert werden. Ein früheres Rentenalter als mit 67 Jahren scheint uns für angemessen. Wir sagen sogar ein Renteneintritt ist bereits ab einem Alter von 60 Jahren möglich. Wer will und kann - soll natürlich weiterarbeiten können.

9. Kindergeld

Das staatliche Kindergeld sollte innerhalb von 2 Jahren auf 500.- Euro monatlich steigen (natürlich nicht für Spitzenverdiener). Damit entfallen alle sonstigen Sozialleistungen z.B. Sozialhilfe, Mietzahlungen usw. aus der Staatskasse. Außerdem sollen alle Kinder kostenlos in allen staatlichen Einrichtungen leben und spielen können. Keine Gebühren mehr für Kindertagesstätten.

10. Öffentliche Ämter und Verwaltungen

Alle öffentlichen Ämter und Verwaltungen sollen für den Bürger zur Verfügung stehen sie müssen durch einen Leistungsorientierten Lohn effizienter arbeiten. Gleichzeitig sollten die Staatsdiener für den Bürger arbeiten, die teilweise noch vorhandene Überheblichkeit und Arroganz einiger Staatsdiener muss der Vergangenheit angehören. Beschwerden von Bürger über das Verhalten einiger Beamten soll durch Lohn- und Gehaltskürzungen reguliert werden. Das heißt berechtigte Beschwerden von Bürgern müssen eine erhebliche Kürzung des Lohnes des verantwortlichen Beamten nach sich ziehen. Bei mehreren Verstößen ist der Beamte ohne zusätzliche Vergünstigungen zu entlassen. Den Beamten muss klar werden das sie die Diener des Staates sind.

11. Einwanderung und Asyl

Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Bürger spricht sich für eine multiethnische und multikulturelle Staatsnation aus sowie für ein friedliches Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern - auch, weil wir durch die Beiträge aus anderen Kulturkreisen an Bereicherung erfahren.

Ein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Asyl für z.B. politisch Verfolgte soll erhalten bleiben. Es gilt jedoch dringend, dem Asylbetrug einen Riegel vorzuschieben. Dem unzufriedenen Volk ist nicht damit gedient, das Thema „Asylpolitik“ weiterhin zu sensibilisieren. Hier muss endlich eine klare Position bezogen werden. Wir wollen eine gemeinsame europäische Politik, die Fluchtursachen bekämpft und Asyl sowie Zuwanderung wirksam regelt. Die Asylverfahren müssen wesentlich verkürzt werden.

Unsere politische Führung hat es versäumt, den Missbrauch geltender Asylgesetze zu verhindern. Dabei schadet niemand sonst dem Ideal des Asylgedankens mehr als die Schar derjenigen, die dieses Recht missbrauchen. Diese, sich in unserem Land zu Unrecht aufhaltenden Menschen, belasten unseren Staatshaushalt und des Volkes Gemüt nicht minder und geben dem rechtsradikalen Denken einzelner Mitbürger ausreichenden Nährboden. Unsere einheimische Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, dass ihre Werte und Normen von den Zuwanderern akzeptiert werden. Wir allerdings sollten auch anderen Werten und Religionen offen gegenüberstehen.

Wir fordern allerdings das der Missbrauch von Asyl bzw. Asylbetrug unter Strafe zustellen ist. Das Strafgesetzbuch sollte dahingehend geändert werden. Auch vertreten wir die Meinung das Asylanten wenn sie in Deutschland strafbar werden in einem Schnellverfahren verurteilt werden und danach sofort in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

Mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln und durch Schaffung aller notwendigen Rechtsgrundlagen, muss den Missbrauch unseres Sozialstaates durch Asylbetrüger

verhindern.

Es müssen Gesetze geschaffen werden, dass die Scheinasylanten ohne Pässe und mit falsch angegebenen Namen, Geburtsdaten und Herkunftsländern daran hindern sollen, unseren Sozialstaat zu betrügen. Weder unsere Bevölkerung, noch die Masse der rechtmäßig hier lebenden Ausländer haben Verständnis dafür, dass unsere Politik nicht energischer durchgreift, um das Gemeinwesen vor Betrügern zu schützen.

Im Übrigen kann unser Land es nicht tragen, dass Entwicklungsländer, die völkerrechtlich verpflichtet sind, ihre in Deutschland straffällig gewordenen Staatsbürger wieder aufzunehmen, sich permanent dieser Verantwortung entziehen, gleichzeitig aber deutsche Entwicklungshilfe erwarten. Unsere Partnerstaaten müssen hier ihrer Verantwortung nachkommen.

12. Volksentscheide

Einstimmig sind wir der Meinung, dass die Regierung in grundsätzlichen Fragen einen Volksentscheid herbeiführen muss bevor ohne Mitwirkung des Volkes Gesetze oder politische Ziele verändert werden. Wir finden das die Regierung gerade im Bezug auf die Einführung in die Europäische Union die Bürger unseres Landes hätte befragt werden müssen. Solche Alleingänge einiger Politiker dürfe es nicht wieder geben. Gleichzeitig sollte ein Volksentscheid über einen EU-Austritt erfolgen. Deutschland bezahlt Milliarden Beträge an die EU und bekommt nur wenige Millionen zurück. Durch die zu frühe EU-Osterweiterung im Jahre 2004 wird Deutschland weitere schwere Rückschläge hinnehmen müssen, da Bürger z.B. aus Polen, Tschechien und Ungarn mit Niedriglöhnen den Deutschen Markt überfluten werden. Der Bundesregierung ist es bis heute nicht gelungen eine Schonfrist von mindestens 7 Jahren zu erzielen.

13. Bauvorhaben von Prunk und Protzbauten

Keine öffentlichen Protz-, Prestige- und Prunkbauten, solange unsere Staatsverschuldung nicht deutlich zurückgeht. Hier müssen volksnahe Prioritäten gesetzt werden und mehr Augenmerk auf das Vernunftgebot und einer verantwortungsvollen Haushaltsführung gelegt werden. Bei öffentlichen Bauvorhaben ist die Anwendung von Luxusbaustoffen so weit wie nur möglich zu untersagen. Viele öffentliche Gebäude und auch Regierungs- und Parteizentralen wurden in der Vergangenheit viel zu opulent und kostenintensiv gebaut. Nur wenn es aus denkmalgeschützerischen Gesichtspunkten erforderlich ist, sollte der Einsatz von Originalbaustoffen erwogen werden. Für die Erhaltung unserer historischen Bausubstanz, von Schlössern, Burgen, Denkmälern, etc., können Mittel nur zur Verfügung gestellt werden, wenn die Staatsverschuldung zurückgegangen ist und ausreichend Gelder für Bildung, Forschung und für das Gesundheitswesen zur Verfügung steht.

Zur Zeit ist es so in Deutschland, dass unsere Museen, Schlösser, Denkmäler, Arbeitsämter (Arbeitsamt Magdeburg - Neubau 47 Millionen) usw. mit vielen Milliarden erneuert bzw. aufwendig restauriert wurden. Aber in den Schulen, Hochschulen, Universitäten, Kindereinrichtungen usw. fällt der Putz von der Decke. Die Einrichtungen in den Schulen sind teilweise so Katastrophal, dass z.B. Fenster zugenagelt werden müssen, um die Schüler nicht durch herausfallende Fenster zu verletzen. Was für Zustände in Deutschland? Zudem fehlt es Grundsätzlich an Bildungseinrichtungen - aber unsere Denkmäler, Schlösser und Museen sind in einem Top Zustand. Auch eine eigene U-Bahn vom Kanzleramt zum Flughafen soll nach Wunsch unserer Politiker für Milliarden gebaut werden. Aber nicht mit uns Herr Bundeskanzler!

14. Drogenpolitik

Da das Drogenproblem sich in den letzten Jahren weltweit verschärft hat, müssen wir den Kampf gegen Drogen, Drogendealer, Drogenbosse und Drogenkartelle noch konsequenter und systematischer führen. Harte Drogen (Kokain und Heroin), aber auch synthetische Drogen wie Ecstasy müssen noch wirksamer bekämpft werden.

15. Abrüstung und Bundeswehr - Weg mit der Wehrpflicht

Eine konsequente Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen in allen Ländern sollte das Ziel der Bundespolitik sein. Allerdings sollte die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr zunächst erhalten bleiben. Die Bundeswehr dient der Stabilität und den Erhalt und Sicherung des Friedens.

Jedoch sind wir gegen den Kauf von 68 Transportflugzeuge für über 15 Milliarden Euro. Wofür braucht die Bundeswehr über 60 neue Großraum-Transportflugzeuge? Diese 15 Milliarden Euro sollten zur Einführung der Mindestlöhne verwandt werden.

**Keine Deutschen Soldaten mehr in Krisengebiete der Welt!
Frieden schaffen ohne Waffen!**

16. Alternative Energien und Umweltschutz

Nachfolgenden Generationen zuliebe soll der Umweltschutz ständig weiter ausgebaut werden jedoch nicht zu ungunsten der Wirtschaft. Es macht unserer Meinung nach wenig Sinn den Umweltschutz ohne Rücksicht auf unsere Gesamtwirtschaft blind zu erzwingen.

Im Vordergrund sollte zunächst die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen. Keinem ist geholfen wenn durch überzogene Umweltschutzbestimmungen die Wirtschaft zu Grunde geht. Allerdings erteilen wir der Kernenergie eine konsequente Absage.

Wenn Windkraftanlagen die Haushalte mit Strom versorgen können, wäre dies doch ein Gebot der Stunde und der richtige Weg der gefährlichen Kernenergie eine Absage zu erteilen. Dabei darf die Lebensqualität der in unmittelbarer Nähe wohnenden Bürger nicht zu Schaden kommen. Die mittlerweile überall stehenden

Windkraftanlagen halten wir für Unsinnig. Es sollten in jedem Bundesland nur besondere Flächen dafür bereitgestellt werden damit unsere Landschaft nicht noch weiter verschandelt wird. Es kann nicht sein, dass in jedem Dorf zwei bis drei Windkraftanlagen stehen.

Wir werden dafür eintreten das die Regierung diese Energiegewinnungsanlagen nicht mehr mit zusätzlichen Steuern oder Abgaben belegt. Damit kann erreicht werden das die gewonnene Energie zum Selbstkostenpreis an die Verbraucher abgegeben werden können und auch müssen. Keinem hilft es wenn Strom aus Windkraftanlagen teurer ist als Kernenergie. Wir werden uns auch dafür einsetzen das der Einsatz von den Solaranlagen für die Wirtschaft wie auch für den privaten Bereich - bezahlbar wird.

Auch die großen Energieunternehmen müssen gezwungen werden die Energiepreise drastisch zu senken. Auch hier müssen überzogene Gehälter sowie Beteiligungen und Kauf von anderen Firmen untersagt werden. Das diese Unternehmen Milliarden Gewinne auf Kosten der Bürger machen, muss der Vergangenheit angehören. Die Energiepreise könnten somit um mindestens 30 % gesenkt werden. Ebenfalls ist des Monopol der Energieunternehmen unverzüglich aufzubrechen.

17. Telekommunikation und Medien

Es muss erreicht werden, das die Kommunikation mit dem Medium Internet für jeden Bürger kostenlos nutzbar ist. Wir sprechen uns für eine kostenlose und steuerfreie Nutzung des Internets aus. Keine Gebühren, keine Steuern sollen den Weg der digitalen Kommunikation behindern. Jeder Kommunikationsanbieter muss dazu verpflichtet werden ihren Kunden einen kostenlosen Zugang zum Internet zu ermöglichen.

Auch die Werbeunterbrechungen im Fernsehen müssen weiter begrenzt werden. Wir sind nicht gegen Werbung im Fernsehen sind aber gegen die ständigen Unterbrechungen. Wir wollen erreichen das die Werbung zu einem Werbeblock pro Sendung zusammengefasst wird und das zu vorher in den Programmzeitschriften angekündigten Zeiten.

18. Einführung einer Pauschalbesteuerung

Spitzenverdiener aus der Sport- und Medienwelt haben derzeit fast ausnahmslos Ihren Wohnsitz im Ausland. Verständlich bei der deutschen Steuerlast. Mit einer Pauschal-Besteuerung könnten weltweit Verdiener der Oberklasse nach Deutschland zurückgeholt werden, und somit der Staatskasse nur zugute kommen. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen das unser kompliziertes Steuersystem drastisch vereinfacht wird. Wir denken da z.B. auch an eine pauschalierte Einkommenssteuer die für jeden Bürger nachvollziehbar ist. Das derzeitige Steuersystem bedarf dringend einer Erneuerung.

19. Tierschutzgesetz

Tiere dürfen nicht weiter als „Sache“ behandelt werden. Wer Tiere quält oder misshandelt muss viel härter bestraft werden als es heute praktiziert wird. Das Strafrecht sollte in diesen Punkten erweitert bzw. geändert werden.

20. Umgang mit Rechter Gewalt

Von Parteiverboten halten wir eigentlich nichts, es würde unserer Meinung auch nichts an der Sache ändern. Wir gehen ferner davon aus das es sinnvoller ist die Ursachen zu beseitigen. Wir müssen statt Prunkbauten Ausbildungsplätze schaffen damit wir unseren Kindern eine solide Ausbildung ermöglichen können. Die rechte Szene nährt sich unserer Meinung nach nur von der Unzufriedenheit bzw. Perspektivlosigkeit unserer Kinder. Wenn es uns gelingt alle Jugendlichen in eine gute Ausbildung zu integrieren dürfte sich das Problem zum größten Teil von selbst lösen.

21. Parteiengesetz

Alle neuen Parteien in Deutschland müssen deutlich mehr Unterstützung erfahren. Es kann nicht sein, dass die beiden großen Volksparteien Millionen an Zuwendungen erhalten und kleine bzw. neue Parteien keinen Cent erhalten.

Zur Demokratie gehört es auch, dass neue Parteien eine Möglichkeit haben ihre Gedanken und Parteiprogramme deutschlandweit zu publizieren.

22. Stabilität von Löhnen und Preisen!

Konsequenter Kampf gegen Lohndrückerei, Preistreiberei/-absprachen und enorme Mietlasten (vgl. Mietgesetzänderungen!). Es kann ja wohl nicht angehen, dass die Arbeitsämter unseren Bürgern Arbeit aufdrängen (mit Sperre drohen) mit einem Stundenlohn von 4,09 Euro in der Stunde. Bei 168 Stunden im Monat wären das 572,- Euro monatliches Gehalt. Dagegen muss man unbedingt die unverschämte hohen Kosten für Autohaftpflichtversicherung, Kraftstoffe, Kfz-Steuern, usw. gegenrechnen.

Wenn man nun noch eine Miete für eine Wohnung gegen rechnet, dazu noch die hohen Kosten für Heizung, Strom, Wasser und Abwasser zahlen muss, dann reicht das Gehalt bei weitem nicht aus um allein diese Kosten abzudecken. Aber der Mensch muss auch noch essen und ein wenig Kleidung haben. Wovon soll er denn nun noch essen und sich kleiden?

Wie kommen solch unverschämte Typen eigentlich dazu, andere (anständig und eher unterbezahlt arbeitende) Menschen zum Maßhalten aufzufordern und permanent mit immer neuen Steuererhöhungen zu belasten?

Was ist das für ein System, in dem es zulässig ist, dass eine kleine, unerträglich habgierige Clique durch ihr widerwärtiges Verhalten die redliche Arbeit der Mehrheit der Menschen nahezu vollständig entwerten kann und darf?

Politiker, die Menschen zwingen unter diesen erbärmlichen Bedingungen zu arbeiten (4.09 Euro Stundenlohn), sollten selbst rigoros enteignet werden! Wie kann sich die Bundesregierung erlauben die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe zu kürzen? Millionen Menschen würden sehr gern arbeiten - aber nicht zur Sklavenarbeit verpflichtet werden.

Im Grunde liegt es doch daran, dass der Binnenhandel nicht floriert. Immer Bürger haben immer weniger Geld. Nur wenn die Menschen unseres Landes erheblich von Abgaben, Steuern, Gebühren usw. entlastet werden, wird es einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung geben. Unsere Politiker dagegen gaukeln uns vor, das immer einige wenige Milliarden fehlen. Im Gegenzug werden ungeniert

34 Milliarden Euro nur für 60 Großraum-Transportflugzeuge und Eurofighter ausgegeben.

Stoppen wir den Kauf von unsinnigen Militär-Flugzeugen für 34 Milliarden Euro!

34 Milliarden Euro zur Entlastung der Bürger unseres Landes eingesetzt würde ein super Wirtschaftswachstum bringen. Alle Probleme wären innerhalb eines Jahres vom Tisch.

23. Das Recht (oder Unrecht) in Deutschland:

Die beiden Begriffe liegen oft nah beieinander und werden in der heutigen Zeit schnell miteinander verwechselt. Heute Recht zu bekommen, ist eng mit der Größe des zur Verfügung stehenden Kapitals verbunden - ein Anwalt kostet viel Geld und auch die Gerichtskosten können einen erheblichen Anteil ausmachen.

Geht ein Prozess über mehrere Instanzen, gibt sich ein Mensch oft schon mit dem Unrecht zufrieden, da das Risiko, Geld zu verlieren, nicht abzuschätzen ist. In unserem Rechtssystem kann nur das Kapital zum Recht verhelfen.

Was ist das für eine Gesellschaft in der man nur sein Recht suchen kann, wenn ausreichend Kapital vorhanden ist?

Wir wollen gleiches Recht für jeden Bürger unabhängig vom Geldbeutel.

Aufruf zum demokratischen Widerstand!

Wir wollen Widerstand leisten, gegen Reformen und Gesetzesänderungen, die die Armut in Deutschland weiter fördern.

Wir wollen Widerstand leisten, gegen Reformen, die das Gesundheitswesen in Deutschland zur Zweiklassenmedizin degradiert.

Wir wollen Widerstand leisten, gegen Reformen und Gesetzesänderungen, die einen Öffentlichen Beschäftigungssektor nicht zulassen und abwürgen und die Wohlfahrt und die Subsidiarität in Deutschland in die Enge treiben.

Wir wollen Widerstand leisten gegen Reformen, die Erwerbslosen und sozial benachteiligten Menschen und deren Interessenvertretungen, Mitsprache und Mitwirkung verwehrt. Wir fordern die Mitsprache und das Mitwirkungsrecht.

Wir wollen Widerstand leisten gegen Reformen, die sowohl die noch vorhandenen anderen Bedingungen der Bundesländer im Osten als auch den erkennbaren Trend von Verschlechterung in den westlichen Bundesländern nicht angemessen berücksichtigen.

Es ist höchste Zeit, neue Wege für eine solidarische Gesellschaft in dieser Bundesrepublik zu bestreiten.

Erwerbslose und sozial benachteiligte Menschen, wie auch Arbeitnehmer in Deutschland wollen neue Bündnisse - gegen Arbeitslosigkeit, gegen die Demontage der Sozialsysteme und für mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Helfen Sie mit, dass dieser Spuck bald ein Ende hat!

Sie wollen aktiv an einem demokratischen Widerstand mitarbeiten? Dann senden Sie uns einfach eine E-Mail an: news@bashop.de Sie erhalten dann ständig alle Infos.

...es reicht jetzt!

Unten nehmen - Diäten erhöhen

Nicht mit uns, Herr Bundeskanzler!

[Startseite](#) [Vorschläge](#) [Theorien](#) [Abzocke](#) [Spenden](#) [Schreiben Sie uns Ihre Meinung](#)

Einige Gedanken vorweg:

Es hilft kein jammern mehr - mitmachen, und konstruktiv verändern!

Deutschland steht an einem Abgrund. Eingemauert in fesselnde und überholte Bündnisse, regiert von Korruption und Unfähigkeit ist dieses Land aller Möglichkeiten beraubt, sich zu erneuern. Ein Netz restriktiver Gesetze, ein Heer von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern sowie eine unerträgliche Besteuerungspolitik lasten schwer auf dem Volk. Eine aufgeblähte Bürokratie hat sich in unserem Land etabliert und zementiert jegliche Dynamik.

Wir, das Werte schaffende Volk, können nicht mehr zusehen, wie unser Land und unsere Kultur tagtäglich mehr und mehr zerstört wird. Während etwas über 7 Millionen erfahrene Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und Akademiker zwischen zwanzig und sechzig Jahren vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, herrschen Vetternwirtschaft und Postenschieberei.

Auf diese Weise wird nicht nur das kreative Potential unseres Volkes zerstört, sondern es wird schrittweise in den Ruin getrieben.

Wir wenden uns an alle engagierten Bürger, die aus ihrer Tatenlosigkeit und Ohnmacht heraustreten wollen, die Vielfalt der Kenntnisse und Erfahrungen in einem Gesamtkonzept vereinen wollen.

Machen Sie mit! Senden Sie uns eine E-Mail an news@bashop.de und wir werden mit Ihnen gemeinsam neue Wege zum Wohle unseres Landes durchsetzen.

Was sind Schröder's "Reformen" der Sozialsysteme?

Angebliche (aufs Grundgesetz zurückgehende?) „Reform“ des Sozialsystems (in Wirklichkeit: keine Reform, sondern einseitig zu Lasten der Kleinen gehender, verfassungswidriger Abbau des Sozialstaats).

Ausnahmslos alle bisherigen „modernen“ Wirtschaftssysteme waren und sind für die Menschheit verheerend! Nach dem (endgültigen?) Niedergang des Sozialismus wird uns nur umfassende Kritik auch des (wie lange noch?) herrschenden, ideologisch-extremen, totalitären neoliberalen Kapitalismus zu einer (Welt-)Wirtschaftsordnung verhelfen, die endlich allen Menschen ein Leben in Würde und Wohlstand ermöglicht.

Es müssen alle Ideologien und Praktiken in Wirtschaft und Gesellschaft kritisch betrachtet und gegebenenfalls korrigiert oder gar verworfen bzw. beendet werden! Es gilt also, nach keiner Seite hin blind zu sein!

Das Großkapital plündert die deutsche Volkswirtschaft

- so Diplom-Volkswirt Bolko Hoffmann, Herausgeber des größten Börsenmagazins Europas (EFFECTENSPIEGEL), am 14./15. März 1998 in einer ganzseitigen Anzeige in der Süddeutschen Zeitung zur Einführung des EURO (und er wiederholte diesen Vorwurf in verschärfter Form ebenfalls in einer ganzseitigen Anzeige im Wirtschaftsteil der SZ am 19./20. Juni 1999).

- "Die Ziele des Profitmanagements und der Maximierung des Aktionärsvermögens auf Kosten aller anderen Ziele sind Überreste einer veralteten Managementtradition", schreibt der ehemalige SHELL-Konzernplanungschef Arie de Geus in seinem Buch "Jenseits der Ökonomie" (Stuttgart 1998).

- "2000 Milliarden Dollar werden pro Tag an den Weltbörsen in Bewegung gesetzt. Nur ein Prozent davon fällt auf die wirtschaftliche Wertschöpfung; fünf Prozent dienen für Waren, Dienstleistungen und Handel. Der ganze Rest ist spekulativ. Jeder vernünftige Mensch weiß, dass da eine Zeitbombe tickt" - so Daniel Goeudevert, ehemals im VW-Vorstand, am 11. Januar 1999 in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau.

- "Die nächste Krise kommt bestimmt . . . ich spüre, dass etwas nicht in Ordnung ist", sagte der Chef der Deutschen Bank, Rolf Breuer, anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 2000 in Prag. Bei derselben Gelegenheit kritisierte der Chef der Bankgesellschaft Berlin, Wolfgang Rupf, dass die zunehmende Globalisierung eine immer größere Gefahr werde. Durch die ständigen Fusionen würden viele Werte zerstört; außerdem würde dieser Trend zu volkswirtschaftlich schädlichen Oligopolen führen (Der Spiegel, Nr. 40 vom 02.10.2000).

Zu den absolut maßlosen und ethisch sowie sachlich anfechtbaren Vergütungen und Abfindungen (nicht nur) deutscher Manager

schrieb der Münchner Wirtschaftsfachmann Volker Wörl in der Süddeutschen Zeitung vom 29./30.12.2001 unter der Überschrift **EIN CLUB MIT VIELEN NULLEN. DAS KARTELL DER NEHMER: UNGENIERT KASSIEREN nicht nur SPITZENMANAGER ACHTSTELLIGE JAHRESBEZÜGE - WOFÜR EIGENTLICH?:**

Wie kommen solch unverschämte Typen eigentlich dazu, andere **(anständig und eher unterbezahlt arbeitende) Menschen zum Maßhalten aufzufordern und permanent mit immer neuen Steuererhöhungen zu belasten?**

Was ist das für ein System, in dem es zulässig ist, dass eine kleine, unerträglich habgierige Clique durch ihr widerwärtiges Verhalten die redliche Arbeit der Mehrheit der Menschen nahezu vollständig entwerten kann und darf?

Die zunehmende Macht internationaler Unternehmen berge „die Gefährdung demokratischer Strukturen“ in sich,

verdeutlichte Heinz Fromm, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, auf einem Symposium seines Amtes über die Bedrohungslage im Zeitalter der Globalisierung (vgl. den Bericht von Annette Ramelsberger, SZ/München vom 22./23. Juni 2002).

Zusammengefasst sollte das Konzept für eine humane und soziale Wirtschaft und Gesellschaft stehen:

für Gerechtigkeit (Fairness, Ausgleich und Solidarität statt Sozialdarwinismus) in Wirtschaft und Gesellschaft:

Chancengleichheit; vernünftige und sinnvolle Chancen (z. B.: Berufs- und Erwerbschancen) für alle; Moral: Anstand, Redlichkeit, Aufrichtigkeit usw.; Gleichberechtigung/-Verpflichtung der Geschlechter (Frauen-Sozialjahr!);

Gemeinnutz vor Eigennutz; Beseitigung von ungerechtfertigten (nicht auf eigener Leistung beruhenden) Klassen- und Gruppenprivilegien; öffentliche Kontrolle der nationalen und internationalen Finanzströme, Konzentrationsbewegungen usw. in der Wirtschaft; aus guten Gründen: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen; Primat moderner/demokratischer Politik statt Lobbysystem und Dominanz/Diktatur von Großindustrie/Großfinanz/Großbanken; langfristig solide Ordnungspolitik statt kurzfristiger Interessenpolitik; fortschrittliche Wirtschaftsverfassungen (für EU, Weltwirtschaft usw.); international: gegen gewaltsame „Marktöffnungspolitik“ usw.

Deutschland muss aus der übereilt eingeführten, zentralistischen Währung EURO wieder raus - ein Volksentscheid hierüber muss her! An Stelle des zentralistischen EURO brauchen wir eine Vielfalt von konkurrierenden, dezentralen Währungen, damit wir uns als Kunden auch hier das Beste aussuchen können - und das hat es alles mit großem Erfolg für die Menschen schon gegeben!

Eine große Schuld an der Wirtschaftskrise in Deutschland, ist der Beitritt Deutschlands zur EU. Unsere Politiker als verbündete der großen Konzerne wussten genau, dass die Hierarchie in Deutschland nicht in EU passt. Gekennzeichnet durch die überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten sowie der übersteuerten Lebenshaltungskosten in Deutschland wird klar, dass Deutschland bei der EU-Osterweiterung 2004 weitere ca. 2 Millionen Arbeitslose haben wird. Z.B. in Polen, Tschechien und Ungarn liegen die Durchschnittseinkommen bei ca. 300 - 340 Euro monatlich.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann viele Arbeitsplätze durch die Billiglöhne der Beitrittsstaaten übernommen werden oder deutsche Unternehmen in diese Länder gänzlich übersiedeln.

Aktuell: VW baut zwei neue Werke in China - Investitionssumme soll eine Milliarde Euro betragen.

In den VW-Werken in Shanghai und Changchun werden bereits mehr als 18 000 Mitarbeiter beschäftigt.

Wer ist Hauptaktionär von VW? Bund und Länder! VW hat bereits angekündigt, in Asien weitere drei Milliarden Euro bis zum Jahr 2008 zu investieren! Warum in Asien und nicht in Deutschland?

Deutschland müsste langfristig aus der EU, oder zumindest die D-Markt wiedereinführen.

(England hat sich nicht auf den Euro eingelassen - und lebt besser denn je!)

Nur so hat Deutschland noch eine Chance! Wir zahlen Milliarden an die EU und bekommen nur wenige Millionen für Subventionen zurück. Viele Fördermittel fallen mit Beitritt der Ost-Länder gänzlich weg.

Was dann? Keine Regierungserklärung hat bisher zu diesen Fragen detailliert Stellung bezogen. Sicher scheinen nur die dicken Pensionen, Abfindungen unserer Politiker und Wirtschaftsbosse. Diese Privilegien der Regierung müssen umgehend abgeschafft werden. Den ca. 7 Millionen Arbeitslosen sowie den Millionen Geringverdiener will man die letzten Euro aus der Tasche ziehen. Sich selbst gönnen sich die Politiker ständige Diätenerhöhungen, Pauschale Aufwandsentschädigungen, persönliche Zuwendungen sowie Altersbezüge. **Mit welchem Recht?**

Sozialabbau schafft keine Jobs, auch wenn die SPD dies behauptet!

Die Regierung plant den bisher schärfsten Angriff auf die Sozialsysteme:

- Kürzung des Arbeitslosengeldes:

Beschränkung der Bezugsdauer bei unter 55jährigen auf höchstens zwölf Monate, bei über 55jährigen höchstens 18 Monate.

- Abschaffung der Arbeitslosenhilfe:

Nach 18 bzw. 12 Monaten Arbeitslosengeld gibt es nur noch Unterstützung auf Sozialhilfeniveau.

- Ausstieg aus der Beitragsparität in der Krankenversicherung:

Die Versicherungsbeiträge für das Krankengeld sollen allein den Beschäftigten aufgebürdet werden.

- Höhere Zuzahlungen:

Die Leistungen der Krankenkassen werden weiter zusammengestrichen. Das bedeutet höhere Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen. Selbst für Arztbesuche sollen Gebühren kassiert werden.

- Aufweichung des Kündigungsschutzes:

Kleinbetriebe bis fünf Beschäftigte sollen künftig in unbegrenzter Zahl befristete Stellen schaffen können, ohne dass dadurch der Kündigungsschutz greift. Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit soll bei Betriebsbedingten Kündigungen kein verpflichtendes Schutzkriterium mehr sein.

Wollen wir uns das bieten lassen?

Zeit zum Handeln!

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Bald werden in Berlin die Weichen gestellt.

Wir müssen Widerstand leisten:

- Widerstand gegen die geplanten Einschnitte zur Verteidigung der ohnehin schon abgesenkten Standards,
- Widerstand im Namen der Kinder und der Jugendlichen, die um Bildung und Ausbildung, um Arbeitsplätze und eine soziale Perspektive betrogen werden.
- Widerstand gegen die Politik unserer Bundesregierung die nur zum Wohle der Großkonzerne und Wirtschaftsbosse regiert. Allein durch die Einsparung für unsinnige Rüstungsausgaben bei Transportflugzeugen und Eurofighter könnten wir über 50 Milliarden Euro einsparen.
- Widerstand gegen die überzogenen Privilegien, Diäten, Abfindungen sowie Altersbezüge unserer Politiker. Einsparungen von über 8 Milliarden Euro.
- Widerstand gegen die schamlose Verschwendung von Steuergeldern für unsinnige Anschaffungen bei Bund und Ländern. Konsequente strafrechtliche Verfolgung der Einigungskriminalität sowie der Abwicklung von ehemaligen DDR Betrieben und Einrichtungen. Dunkelziffer liegt bei ca. 240 Milliarden Euro. Wo sind die Milliarden aus der Wiedervereinigung? Kein Politiker spricht über den Verlust von Milliarden Euro.
- Widerstand gegen jede Art von Einsätzen der Bundeswehr außerhalb Deutschlands.

Helfen Sie mit, dass dieser Spuck bald ein Ende hat!

Sie wollen aktiv an einem demokratischen Widerstand mitarbeiten? Dann senden Sie uns einfach eine E-Mail an: news@bashop.de Sie erhalten dann ständig alle Infos.

Mit nur einigen wenigen Veränderungen schon, könnte Deutschland innerhalb weniger Monate ihre Probleme lösen. Hier unsere Vorschläge zum Nachlesen: [Hier klicken!](#)

[Hier klicken!](#)

...es reicht jetzt!

Unten nehmen - Diäten erhöhen

Nicht mit uns, Herr Bundeskanzler!

[Startseite](#) [Vorschläge](#) [Theorien](#) [Abzocke](#)

[Spenden](#)

[Schreiben Sie uns Ihre Meinung](#)

Einige Beispiele wie wir von unseren Politikern und Großunternehmen rigoros abgezockt werden:

- Deutsche Telekom AG

Die deutsche Telekom AG zahlt ihren Bossen Millionen Gehälter und Abfindungen, kauft ständig weitere Unternehmen in aller Welt und wir, müssen das durch hohe Gesprächs- und Grundgebühren finanzieren. Auch weiterhin erhöht die Telekom permanent die Gebühren z. B. ein Gespräch vom Handy ins Festnetz kostet bei der Telekom in einigen Tarifen über 80 Cent, wohlbemerkt für eine Gesprächsminute. Das es auch anders geht, zeigen uns Firmen wie z.B. O2 und E-Plus dort kostet die Gesprächsminute nur 3 Cent rund um die Uhr.

Hinzu kommen die ausverschämte hohen Grundgebühren der Telekom z.B. für einen ISDN-Anschluss. **Aber die staatliche Regulierungskommission billigt diese groß angelegte Abzocke der Telekom!** Hauptaktionär der Telekom ist der Bund! Wie kann es sein, dass die Telekom unter Ausnutzung ihres Monopols unsere Bürger in ungenierter Manier ausbeutet um Traumgehälter und Abfindungen in Millionenhöhe zukassieren?

- Energieunternehmen in Deutschland

Auch bei Strom- und Heizkosten sowie bei Wasser und Abwasser werden wir Bürger rigoros abgezockt. Wussten Sie, dass der Strompreis bei nur ca. 5- 10 % liegt. Uns werden ca. 45% eigene Kosten des jeweiligen Unternehmens angerechnet das sind fast 500% Aufschlag die allein die Energieunternehmen kassieren. Weitere ca. 45 % sind Steuern und Abgaben. Auch hier werden ähnlich wie bei der Telekom traumhafte Gehälter an die Bosse der einzelnen Unternehmen gezahlt. Einige Energieunternehmen investieren und kaufen zudem andere Firmen um ihre traumhaften Gewinne nicht versteuern zu müssen.

Bei den Wasser- und Abwasserunternehmen sieht es nicht anders aus. Wasser- und Abwasserunternehmen nutzen ihr Monopol ebenfalls rigoros aus und erzielen immer höhere Gewinne auf Kosten unserer Bürger. Und unsere Regierung schaut zu. Ist ja auch verständlich denn wer sitzt den in den Aufsichtsräten der einzelnen Unternehmen und bekommt dafür weitere üppige Aufwandsentschädigungen usw.? Unsere Politiker selbst kassieren parallel zu ihren super Diäten noch die dicken Aufwandsentschädigungen.

- Banken und Sparkassen

Haben Sie schon mal auf Ihren Kontoauszug ihre Kontogebühren verglichen? Die Kontogebühren sind nach Einführung des Euro bei manchen Banken um einige 100% gestiegen. So auch die Gehälter der Bankvorstände. Wissen Sie das mancher Bankmanager zwischen 5 und 7 Millionen Euro Jahresgehalt bezieht? Abfindungen natürlich in doppelter Höhe!

Die Banken erwirtschaften nach wie vor Traumhafte Gewinne und trotzdem beuteln sie ihre Kunden in unverschämter Höhe. Die Banken wie auch die Sparkassen bauen sich Traumhafte Paläste in fast jeder Stadt. Allein das Immobilienvermögen der Banken und Sparkassen geht in die Milliarden. Und wer hat das alles bezahlt? Wir die fleißigen Bürger dieses Abzockerstaates. Die Banken geben sehr oft und wenn dann nur sehr verspätet die Senkung der Leitzinsen an ihre Kunden weiter. Die Banken erwirtschaften durch die nicht Weitergabe der Leitzinssenkungen Millionen gewinne auf Kosten der Allgemeinheit.

Wie ARD, ZDF, RTL und Co. ihre Leser zur Kasse bitten

Spätestens die Superstars von RTL haben es gezeigt: Mit Abstimm-Angeboten lässt sich richtig gutes Geld verdienen. Doch die Angebote der Mitmach-Medien werden immer dünner und dreister.

Kaum eine TV-Sendung kommt mittlerweile ohne Televote-Abstimmung aus. Im Regelfall greifen die Sender dabei nicht einmal auf 0190er-Nummern zurück, sondern auf die vergleichsweise unbekannteren 0137-Nummern. Die sind zwar nicht unbedingt günstiger als 0190er-Nummern, aber ihr Ruf ist besser. Keine Frage scheint dabei unwichtig genug, um sie nicht per Televote zu klären. Kein Thema scheint zu heikel zu sein, um den Zuschauern für deren Beantwortung nicht in den Geldbeutel zu greifen.

Da die Techniken der Kommerz-Interviewer keinerlei wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, machen ihre Fragen zwar niemanden schlau, aber dafür doch ein wenig reicher. So sollen teilweise über 500.000 Anrufe für die Umfragen der Superstar-Ausscheidungen von RTL eingegangen sein. Macht unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuer und einer geschätzten Handling-Gebühr von 5 Cent pro Anruf einen Roherlös von rund 180.000 Euro pro Umfrage. Kein Wunder, dass sich die Superstar-Moderatoren Hunziker und Spengemann sichtlich bemühen, ihre Zuschauer zu Mehrfachanrufen zu animieren.

Auch die so genannten öffentlich rechtlichen zocken ihre Zuschauer seit Jahren ebenfalls ungeniert ab. So z.B. das ZDF bei Sendungen wie z.B. WISO. Wenn Sie Informationen zur Sendung haben möchten müssen Sie die teuren 0190 Nummer anwählen. Auch hat das ZDF schnell erkannt das sich richtig viel Geld mit den 0137-Nummer machen lässt. Eigens dafür wurde schnell mal ein tägliches 5 Minuten Quiz (19.50 Uhr) eingebaut um damit recht schnell viele Bürger abzuzocken. Warum glauben Sie bietet unser öffentlich-rechtlicher Sender keine kostenfreie bzw. Normaltarifnummer an? Auch beim ZDF wird rigoros abgezockt. Bezahlen wir

nicht schon genug GEZ Gebühren?

Unverschämte Diäten für unsere Bundestagsabgeordneten

Diätenplan eines Bundestagsabgeordneten: Natürlich monatlich!

• Abgeordnetenentschädigung (steuerpflichtig):	6.990.- Euro
• Kostenpauschale (steuerfrei)	3.503.- Euro
• Erstattung der Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen:	8.769.- Euro
• Sachleistungen für Kosten der Büros, z.B. Büromaterial, Telegramme, Fax- und Internetkosten im Wahlkreis, eigene Handykosten, Homepage, Computermaterial:	6.300.- Euro

Gesamtbetrag:	25.562.- Euro

- Kostenfreie Nutzung der Eisenbahnen der Deutschen Bahn AG und der S-Bahnen ist natürlich selbstverständlich (man hat ja nur 25.562.- Euro im Monat).
- Unberücksichtigt sind natürlich alle Nebenverdienste.

Das waren nur einige wenige Beispiele wie in Deutschland rigoros abgezockt wird. Schreiben Sie uns Ihre Meinungen und weitere Beispiele.

Helfen Sie mit, dass dieser Spuck bald ein Ende hat!

Sie wollen aktiv an einem demokratischen Widerstand mitarbeiten? Dann senden Sie uns einfach eine E-Mail an: news@bashop.de Sie erhalten dann ständig alle Infos.

...es reicht jetzt!

Unten nehmen - Diäten erhöhen

Nicht mit uns, Herr Bundeskanzler!

[Startseite](#) [Vorschläge](#) [Theorien](#) [Abzocke](#)

[Spenden](#)

[Schreiben Sie uns Ihre Meinung](#)

Initiative gegen die Politik unsere Staates!

Was wir in Deutschland brauchen, ist ein Demokratischer Widerstand!

Wir sollten endlich anfangen, unserer Regierung mal gehörig auf die Finger zu klopfen:

**Bitte überweisen Sie Ihre
Spende auf folgendes Konto:**

Initiative für Demokratie
Bernd Albrecht
Konto-Nr.: 400 2121 475
BLZ: 810 550 00
Ohrekreissparkasse
Stichwort: Demokratie

Aufruf zum demokratischen Widerstand!

+++ Wir müssen Widerstand leisten, gegen Reformen und Gesetzesänderungen, die die Armut in Deutschland weiter fördern.

+++ Wir müssen Widerstand leisten, gegen Reformen, die das Gesundheitswesen in Deutschland zur Zweiklassenmedizin degradiert.

+++ Wir müssen Widerstand leisten gegen Reformen, die Erwerbslosen und sozial benachteiligten Menschen und deren Interessenvertretungen, Mitsprache und Mitwirkung verwehrt. Wir fordern die Mitsprache und das Mitwirkungsrecht.

+++ Wir müssen Widerstand leisten gegen Reformen, die sowohl die noch vorhandenen anderen Bedingungen der Bundesländer im Osten als auch den erkennbaren Trend von Verschlechterung in den westlichen Bundesländern nicht angemessen berücksichtigen.

+++ Wir müssen Widerstand leisten gegen jede Art von Kampfeinsätzen der Bundeswehr. Egal, ob in Afghanistan, Kosovo oder in Afrika.

Es ist höchste Zeit, neue Wege für eine solidarische Gesellschaft in dieser Bundesrepublik zu bestreiten.

Erwerbslose und sozial benachteiligte Menschen, wie auch Arbeitnehmer in Deutschland wollen neue Bündnisse - gegen Arbeitslosigkeit, gegen die Demontage der Sozialsysteme und für mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Leider bekommen wir in unserem Staat keinen Cent für einen demokratischen Widerstand. Helfen Sie uns mit einer kleinen Spende, damit wir uns für einen demokratischen Staat einsetzen können.

Unterstützen Sie unser Anliegen:

Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf folgendes Konto:

Initiative für Demokratie
Bernd Albrecht

Konto-Nr.: 400 2121 475

BLZ: 810 550 00

Ohrekreissparkasse

Stichwort: Demokratie

Wir freuen uns über jede Spende und garantieren die zweckgemäße Verwendung der Gelder.

SPENDENBESCHEINIGUNG:

Bitte geben Sie Ihre Postanschrift gut leserlich auf dem Überweisungsträger an. Sie erhalten von uns eine Spendenbescheinigung. Bei Spenden bis 100 Euro gilt der Überweisungsträger als Spendenbescheinigung.